

FAKTEN

Nachgefragt:

Lorenz Jarass, Wirtschaftswissenschaftler

TT: Können Steuersenkungen sich selbst finanzieren?

Jarass: Steuersenkungen finanzieren sich nie selbst, insbesondere, wenn sie Unternehmen und Wohlhabenden zugute kommen. Steuersenkungen für kleine Einkommen können m. E. zum jetzigen Zeitpunkt einen sehr positiven Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung haben, da sie den seit vielen Jahren lahrenden Konsum erhöhen. Natürlich werden sie auf Pump finanziert: aber die Alternative ist doch, dass die Großindustrie und die Banken noch mehr Steuervergünstigungen erhalten.

TT: Werden kleine und mittlere Einkommen entlastet?

Jarass: Bisher hat der Staat über Steuern und Sozialabgaben bereits ab 1.500 € brutto durchschnittlich fast die Hälfte weggenommen und von einer Lohnerhöhung fast zwei Drittel. Deshalb stoßen Forderungen wie „Mehr Netto vom Brutto“ gerade auch bei den kleinen Leuten auf massive Zustimmung. Bei Arbeitern haben 13% FDP gewählt! Man kann darüber streiten, inwieweit bei der derzeitigen Haushaltslage Entlastungen sinnvoll sind. Die geplanten Entlastungen verringern jedenfalls die Steuerbelastung von Lohnerhöhungen deutlich. Sie sind insoweit zu begrüßen.

TT: Und die Pläne zu Unternehmenssteuern?

Jarass: Die geplanten Maßnahmen begünstigen im Wesentlichen die großen Konzerne und die Verkäufer von Unternehmen. Für die kleineren und mittleren Unternehmen gibt es nur wolkige Versprechungen zur Steuervereinfachung.

TT: Wer wird die Entlastungen am Ende bezahlen?

Jarass: Die Koalitionsvereinbarung hält explizit fest, dass keinerlei Steuern erhöht werden und die Sozialversicherungsbeiträge möglichst unter 40% des Bruttolohns gehalten werden, zumindest soweit sie hälftig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezahlt werden. Damit dürften wieder die kleinen Leute die Zeche bezahlen: Erst werden an Banken, Unternehmen und Einkommensteuerzahler Wohltaten auf Pump verteilt und dadurch der staatliche Haushalt ruiniert. Anschließend wird wohl im Sozialbereich massiv eingespart werden und die Kosten des Sozialstaats mehr und mehr alleine den Arbeitnehmer aufgehalst. Der beschlossene endgültige Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Pflege- und Krankenversicherung zeigt die Richtung an: Statt durch eine angemessene Besteuerung von Vermögen und Erbschaften den Haushalt zu sanieren, sollen die kleinen Leute für weniger soziale Absicherung höhere Beiträge bezahlen.

Lorenz Jarass

ist einer der prominentesten, aber auch kritischsten Steuerexperten in Deutschland.

Er ist Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Fachhochschule Wiesbaden.

Laffer-Kurve

Der FDP-Theorie liegt die so genannte Laffer-Kurve zugrunde, benannt nach dem Ökonomen Arthur B. Laffer.

Sie geht vom Steuersatz Null aus, bei dem der Staat keine Einnahmen erzielt.

Erhöht sich der Steuersatz, steigen die Staatseinnahmen – aber nur bis zu einem bestimmten Punkt. Wird der Steuersatz über diesen Punkt hinaus weiter erhöht, stellen die wirtschaftenden Menschen/Unternehmen fest, dass sich ihre Aktivitäten nicht mehr lohnen, folglich erlahmen die Aktivitäten, die Wirtschaftsleistung sinkt, damit auch die Steuereinnahmen.

Das klingt einleuchtend. Nur: Selbst theoretisch konnte bisher der „ideale Steuersatz“ nicht ermittelt werden. Und in der Praxis schon gar nicht.

Das klingt einleuchtend. Nur: Selbst theoretisch konnte bisher der „ideale Steuersatz“ nicht ermittelt werden. Und in der Praxis schon gar nicht.

FAKTEN

Internationale
Erfahrungen

Steuersenkungsmodelle sind schon in verschiedenen Ländern ausprobiert worden. In Europa z.B. in den baltischen Ländern oder in Kroatien.

Dort wurden vor allem die Unternehmenssteuern enorm gesenkt.

Vordergründig und kurzfristig haben diese auch ihr Ziel erreicht. Estland, Lettland und Litauen hatten zeitweise zweistellige Wachstumsraten.

Das böse Erwachen allerdings kam in der Krise. Um die Krisenfolgen zu bewältigen, hatten diese Staaten nicht genug Rücklagen.

Ergebnis:
Extreme Einbrüche in der Wirtschaftsleistung (bis zu 20 Prozent), enorme Neuverschuldung.

Litauen musste bereits einen Notkredit des Internationalen Währungsfonds in Anspruch nehmen, um einen Staatsbankrott abzuwenden, Kroatien steht dieser Schritt bevor.

Ob das wirklich nachahmenswerte Modelle sind?

Steuerpolitik:

Prinzip Hoffnung

Steuern senken trotz neuer Schulden? Geht alles, und der Staat steht am Ende sogar reicher da. Meint Schwarz-Gelb, meint insbesondere die FDP. Doch die Skepsis überwiegt, selbst bei Ökonomen.

Die Theorie dazu geht so: Wenn der Staat die Steuern senkt, haben alle mehr Geld in der Tasche. Die Bürger geben dieses Geld aus, die Unternehmen investieren; damit steigt die Wirtschaftstätigkeit, das bedeutet Wachstum. Wachstum schafft Arbeitsplätze und alles zusammen führt dazu, dass die Steuereinnahmen steigen, der Staat seinen Haushalt konsolidieren kann und auch die Sozialkassen mehr Einnahmen erzielen. Das Problem: In der Praxis hat das nirgendwo funktioniert. Selbst nicht beim Großexperiment des US-Präsidenten Reagan („Reagonomics“). Am Ende von Reagans Regierungszeit stand zwar ein ansehnliches Wachstum der US-Volkswirtschaft – er übergab seinem Nachfolger aber auch einen horrend verschuldeten Staatshaushalt. Und funktioniert hat das auch nicht mit den rot-grünen Steuerreformen aus den Jahren 2001/02 – die Wachstumsraten blieben auch nach der Senkung des Spitzensteuersatzes und der Unternehmenssteuern bescheiden; und die Staatsschulden stiegen weiterhin an.

Der beschriebene Kreislauf funktioniert in Seminaren und Vorlesungen – also da, wo man von der Lebensrealität abstrahiert. Wenn die Bürger ihre Steuerersparnis ausgeben und nicht sparen und wenn die Unternehmen sie produktiv investieren und nicht am Kapitalmarkt anlegen. Beides hängt nicht allein von der momentanen Situation ab, sondern auch von den Aussichten. Wer Angst um die Zukunft hat, legt sein Geld lieber zurück. Und Unternehmen investieren, wenn sie Absatzchancen für ihre Produkte sehen. Das wiederum hängt davon ab, ob die Massenkaufkraft da ist. Und die steigt nicht, wenn die Bürger zwar 10 Euro pro Monat Steuern sparen, aber zugleich 12 Euro mehr für die Sozialversicherung ausgeben müssen. Und sie steigt erst recht nicht, wenn der Niedriglohnsektor wächst.

Ökonomen gehen davon aus, dass sich Steuersenkungen auf diese Weise maximal zu einem Drittel selbst finanzieren. Um allein die 24 Milliarden zu erlösen, um die Schwarz-Gelb die Steuern ab 2011 senken will (durch eine Veränderung des Steuertarifs), wäre ein Wachstum von 7,8 Prozent erforderlich. Das hatten wir in Deutschland zuletzt Anfang der 90er Jahre – im so genannten Vereinigungsboom.